

64. Bieweit reicht die Überlassung von Mitteln zur freien Verfügung an einen Minderjährigen zur Wirksamkeit der von ihm geschlossenen und erfüllten Verträge?

BGB. §§ 110, 107.

Der Kläger vertrat den Standpunkt, daß die Darlehnsforderung von 50000 *M* durch jene Aufrechnung in Höhe des aufgerechneten Betrages erlöschen und gemäß § 64 *R.D.* nur wegen des Restes bei der Verteilung im Konkursverfahren zu berücksichtigen sei; er zahlte aber behufs Abwendung einer ihm vermeintlich drohenden Zwangsvollstreckung am 1. Oktober 1908 der Beklagten die auf die vollen 50000 *M* entfallende Konkursdividende. Er beantragte daher, den getilgten Betrag in der Tabelle abzuschreiben, festzustellen, daß die Darlehnsforderung nur mit dem Reste von 23572,33 *M* bei der Verteilung zu berücksichtigen sei, und die Beklagte zur Rückzahlung der auf den getilgten Teil entfallenden Dividende zu verurteilen.

Die vorderen Instanzen haben die, noch andere Anträge enthaltende, Klage wegen jener Anträge abgewiesen. Die Revision des Klägers ist zurückgewiesen worden aus folgenden

Gründen:

„Das Berufungsgericht geht unter Hinweis auf § 68 *R.D.* mit Recht davon aus, daß die Beklagte berechtigt ist, die im Konkurse angemeldeten und festgestellten 50000 *M* ungeachtet der erlangten Teilerfüllung bis zu ihrer vollen Befriedigung zu verfolgen, wenn anzunehmen ist, daß sie die 26427,87 *M* nicht vom Gesamtschuldner, sondern von einem anderen erhalten hat, der ihr neben dem Gesamtschuldner auf das Ganze haftete. Diesen Fall hält es hier für gegeben. In dem Gesamtschuldner und in der Erbengemeinschaft habe die Beklagte verschiedene Personen im Sinne von § 68 *R.D.* als Schuldner gehabt: jener habe ihr nach § 25 *HGB.* auf Grund der Schuldübernahme mit seinem gesamten Vermögen, diese als Träger des Nachlaßvermögens auf Grund der Darlehnsaufnahme des Erblassers gehaftet. Die Befriedigung im Zwangsversteigerungsverfahren habe aber die Beklagte von der Erbengemeinschaft erhalten. Das vor dem Erbfall auf den Namen der Handelsgesellschaft *W. F. S.* eingetragene Grundstück sei durch den Erbfall Eigentum der Erben zur gesamten Hand geworden. Im Zwangsversteigerungsverfahren sei somit Schuldner im Sinne der §§ 17, 53 *ZwZG.* lediglich das Gesamthandverhältnis der Erben, nicht aber der Gesamtschuldner gewesen. Hieraus folge weiter, daß die Beklagte durch dieses Verfahren Befriedigung aus einem der Konkursmasse fremden Vermögens-

IV. Zivilsenat. Ur. v. 29. September 1910 i. S. S. & Co. (Bekl.)
w. B. (Kl.). Rep. IV. 566/09.

- I. Landgericht Frankfurt a. M.
II. Oberlandesgericht daselbst.

Der Kläger, ein damals im 17. Lebensjahre stehender Schüler, hatte ohne Zustimmung seines Vaters von der verklagten Firma ein Kraftfahrzeug nebst Zubehör für 3200 *M* gekauft und bar bezahlt. Die Mittel hierzu stammten aus einem Lotteriegewinne von 4000 *M*, den der Kläger gemacht hatte. Das Gewinnlos hatte er sich mit einem Taschengelde von wöchentlich 3 *M* erworben, das er von seiner Großmutter gewährt und von seinem Vater zur freien Verfügung überlassen erhalten hatte. Der Kläger forderte die gezahlten 3200 *M* nebst Zinsen zurück. Beide Vorinstanzen verurteilten die Beklagte. Ihre Revision ist zurückgewiesen worden aus folgenden Gründen:

„§ 110 BGB. enthält keine Ausnahme von dem Grundsatz des § 107, wonach der Minderjährige zu einer Willenserklärung, durch die er nicht lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt, der Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters bedarf. Er gestattet nur, der Sitte und dem Verkehrsbedürfnis Rechnung tragend (Begründung zu § 69 des I. Entwurfs), daß diese Einwilligung durch Überlassung gewisser Mittel an den Minderjährigen vom Vertreter im allgemeinen erklärt wird, und läßt das vom Minderjährigen geschlossene Geschäft auch ohne besondere Zustimmung sowohl nach der dinglichen wie nach der schuldrechtlichen Seite von Anfang an wirksam werden, wenn es demnächst vom Minderjährigen aus den überlassenen Mitteln erfüllt wird. Das Wesentliche bleibt also auch in den Fällen des § 110 die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters. Dafür, wieweit diese Einwilligung reicht, ist erstens maßgebend das Gesetz, das ihr in den §§ 1644, 1824 verbunden mit §§ 1821, 1822 von vornherein bestimmte Grenzen zieht. Zum andern aber auch der Inhalt der Einwilligungserklärung selbst, die, wie jede Willenserklärung, eine, sei es auch nur stillschweigend ausgedrückte, mehr oder minder weitgehende Beschränkung in sich tragen kann. Schon das Gesetz ergibt („zu diesem Zwecke“), daß die Einwilligung auf die Erfüllung eines bestimmten, vom Minderjährigen geschlossenen Vertrages beschränkt

sein kann. Es darf aber nicht bezweifelt werden, daß die Überlassung „zur freien Verfügung“ dem Minderjährigen nach dem Willen des Vaters oder Vormundes auch bloß ein Mehr oder Minder von Freiheit gewähren kann. Keinesfalls läßt sich sagen, daß der gesetzliche Vertreter nur die Wahl habe, entweder es bei der gesetzlichen Regel des § 107 zu belassen oder mit Einräumung der freien Verfügungsgewalt nun auch alles und jedes gutzuheißen, was der Minderjährige mit den ihm überlassenen Mitteln anzufangen für gut findet.

Es mag im einzelnen Falle nicht immer leicht sein, dabei die Grenzen der Ermächtigung so richtig abzustechen, daß auch das Interesse des mit dem Minderjährigen paktierenden Dritten und damit die Verkehrssicherheit gewahrt bleibt. Im Streitfalle ist es rechtlich unbedenklich, wenn der Berufsungsrichter angenommen hat, der in einfachen Verhältnissen lebende Vater sei niemals damit einverstanden gewesen, daß der 17jährige, eine Unterrichtsanstalt besuchende Kläger den durch Ankauf eines Lotterieloses aus seinem geringen Taschengelde ihm zugefallenen großen Gewinn zum Ankaufe eines Kraftfahrzeuges und zum Betriebe eines kostspieligen, auch sittliche Gefahren aller Art mit sich bringenden Sports verwende. Nach den einwandfreien Feststellungen des Berufsungsrichters haben auch die Beklagten bei Abschluß des Geschäfts die beschränkte Tragweite der väterlichen Zustimmung erkannt oder doch erkennen müssen. Es kann ihnen nicht gestattet sein, aus einem ihnen zur Fahrlässigkeit gereichenden Geschäftsabschlusse mit einem Minderjährigen durch Berufung auf § 110 BGB. Vorteile zu ziehen. Sie sind deshalb mit Recht nach dem Klageantrage verurteilt.“ . . .